

# Presse-Information

Nr. 925

14. Mai 2009

Heute mit folgenden Themen:

- **Elektromobilität kommt in Fahrt**
- **Regierung: Bahn zur Fahrradmitnahme im ICE nicht verpflichtet**
- **ETSC fordert zentrale EU-Agentur für Verkehrssicherheit**
- **55 000 Lkw-Parkplätze fehlen in Europa**
- **Lkw-Parkplätze per Handy reservieren**

## Elektromobilität kommt in Fahrt

*Bad Windsheim (ARCD)* – Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln: Etwa eine Million Elektroautos sollen nach Angaben des Bundesumweltministeriums bis 2020 auf den Markt kommen. Für die Entwicklung der neuen Antriebstechnologie spendiert der Bund der Branche rund 500 Millionen Euro Fördermittel. Zudem beschlossen Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy beim Deutsch-Französischen Ministerrat im März die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. Unter Leitung der für Industriepolitik zuständigen Staatssekretäre Jochen Homann und Luc Chatel fand am Montag im Berliner Wirtschaftsministerium die erste Sitzung statt. An ihr nahmen auf beiden Seiten rund 20 Vertreter von großen Fahrzeugherstellern, Zulieferern und Energiekonzernen teil. Expertengruppen sollen nun in mehreren Treffen bis November Vorschläge zu Fragen der Standardisierung und Normung erarbeiten. Allen Beteiligten ist klar, dass der Systemwechsel vom Verbrennungs- zum Elektromotor althergebrachte Strukturen der gesamten Automobilbranche durcheinander wirbeln wird. Neue Technologien, Komponenten, Systeme und Module werden benötigt, und diese in Serienqualität. „Niemand ist im Besitz der Wahrheit, wie das System künftig aussehen soll“, sagte der französische Staatssekretär Luc Chatel in Berlin. Der Branche gelang im Bereich Normung bereits ein wichtiger Durchbruch: Die führenden Autobauer und Energiekonzerne einigten sich auf einen einheitlichen Stecker zum Laden strombetriebener Fahrzeuge. Der Hemmschuh für die Marktreife von Elektroautos bleibt aber nach wie vor die Batterietechnik. Um wirtschaftlich zu sein, müssten die Akkus ein Drittel weniger kosten, ein Drittel weniger wiegen und ihre Ladung dreimal so lange halten wie beim gegenwärtigen Entwicklungsstand, warnten Experten auf dem Jahreskongress AKJ Automotive in Saarbrücken. Bevor sich private Autokäufer in größerer Zahl für ein Elektroauto entscheiden, müsse das Aufladen der Batterien ähnlich einfach und flächendeckend möglich sein wie das heutige Auftanken an der Zapfsäule.

**ARCD**

## Regierung: Bahn zur Fahrradmitnahme im ICE nicht verpflichtet

*Bad Windsheim (ARCD)* – Laut Bundesregierung ist die Deutsche Bahn AG nicht verpflichtet, in ICE-Schnellzügen Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder einzurichten. Dies geht aus einer Antwort des Verkehrsministeriums auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Der Artikel 5 der EU-Verordnung 1371/2007 verpflichte die Eisenbahnen zur Fahrradmitnahme nur



# Presse-Information

insoweit, „als die tatsächlichen Gegebenheiten die Fahrradmitnahme zulassen“. Sie enthalte dagegen keine Verpflichtung, bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen darauf zu achten, dass sie für eine Mitnahme geeignet sind, schrieb der Parlamentarische Staatssekretär Ulrich Kasparick in seiner Antwort. Bahnkritiker berufen sich immer wieder auf die genannte EU-Verordnung. Die Bahn AG lehnt geeignete Umrüstungen von ICE-Zügen im Bestand aus angeblichen Kostengründen ab und kündigte zudem an, dass sie Züge der Baureihen ICE 1 und 2 frühestens ab 2014 nach und nach durch Bahnen des Typs IC-X ersetzen will, die über Mehrzweckabteile verfügen. Erst bis zum Jahr 2020 sei eine Fahrradmitnahme auf allen ICE-Fernstrecken möglich. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) kritisiert, dass die Deutsche Bahn AG nicht schafft, was beim französischen Konkurrenzzug TGV längst möglich ist. An der fehlenden Nachfrage bei Reisenden kann es nicht liegen: Nach einer vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage halten 80 Prozent der Deutschen die Mitnahme von Fahrrädern im ICE für ein wichtiges Serviceangebot der Bahn: 57 Prozent würden ihr Fahrrad gern in diesem Zug mitnehmen, und 46 Prozent würden öfter mit dem ICE fahren, wenn ein Transport möglich wäre. **ARCD**

## Lkw-Unfälle: Rückläufig mit weiterem Verbesserungspotenzial

*Bad Windsheim (ARCD)* – Die Unfallhäufigkeit unter Beteiligung schwerer Lkw in Deutschland ging seit 1970 um 70 Prozent zurück. Zwischen 1995 und 2007 sank die Zahl der bei Unfällen mit Güterkraftfahrzeugen getöteten oder schwer verletzten Verkehrsteilnehmer um 40 Prozent. Trotzdem gebe es noch erhebliches Verbesserungspotential bei der Verkehrssicherheit schwerer Nutzfahrzeuge, sagte Dekra-Vorstandsvorsitzender Klaus Schmidt bei der Vorstellung des Verkehrssicherheitsreports Lkw 2009 in Berlin. Während im Jahr 2007 von 1000 an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Pkw-Fahrern 681 ein Fehlverhalten angelastet wurde, betraf dies bei Güterkraftfahrzeugen 711 Fahrer. Zu geringer Abstand zu anderen Verkehrsteilnehmern ist das dominierende Fehlverhalten bei Unfällen innerorts, nicht angepasste Geschwindigkeit außerorts. Während bei den Fahrern der kleineren Liefer- und Lastkraftwagen in der Gewichtsklasse über 2,0 bis 3,5 Tonnen 62 Prozent der an Unfällen beteiligten Fahrer als Hauptbeschuldigte eingestuft wurden, war dieser Anteil bei den Fahrern der schweren Lastkraftwagen über 16 Tonnen und von Sattelzugmaschinen mit 52 Prozent deutlich geringer. Hauptsächlich fahrerbezogene Unfallursachen sind, wie aus dem Dekra-Bericht hervorgeht, mit 46 Prozent Fehleinschätzungen von Witterung, Straßenführung und Fahrdynamik des eigenen oder vorausfahrenden Fahrzeugs und zu 38 Prozent Wahrnehmungsstörungen wie Ablenkung und Einschlafen am Steuer. Kaum zu glauben: Nur etwa die Hälfte aller Fahrer von Lkw über 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht auf Autobahnen sind angeschnallt, auf Bundesstraßen ist der Anteil noch geringer, und im innerörtlichen Bereich schnallt sich nur noch jeder vierte Fahrer an! Technische Mängel an Lkw trugen nur zu 5 Prozent Schuld an Unfällen, aber Untersuchungen an verunglückten Fahrzeugen ergaben, dass bei ihnen zu 17,1 Prozent die Bremsen, zu 8,4 Prozent die Reifen und zu 6,5 Prozent die Lenkung/Steuerungssysteme Mängel aufwiesen. Wie bei den Pkw zeigt sich bei den Hauptuntersuchungen der in Deutschland zugelassenen schweren Nutzfahrzeuge über 12 Tonnen mit zunehmendem Alter eine ansteigende Mängelrate. Während bei den bis zu drei Jahre alten Fahrzeugen die Mängelquote 33,5 Prozent beträgt, liegt sie bei den über neun Jahre alten Fahrzeugen schon bei 71,4 Prozent. Bei der Bremsanlage werden nahezu 75



# Presse-Information

Prozent aller Fehler bei der Hauptuntersuchung als „erhebliche Mängel“ bzw. als „verkehrsunsicher“ eingestuft. Für die Dekra-Spezialisten ist klar: Ein hohes Unfallvermeidungspotenzial bietet in schweren Nutzfahrzeugen neben dem guten technischen Zustand auch die Ausrüstung mit Fahrassistenzsystemen. Wie zahlreiche Untersuchungen belegen, könnten beispielsweise bei einem flächendeckenden Einsatz von Fahrdynamikregelungen (ESP) bis zu acht Prozent, mit abstandsgeregelten Tempomaten (ACC) bis zu sieben Prozent und mit einer elektronischen Spurkontrolle (LGS) bis zu vier Prozent der schweren Unfällen mit Personenschaden vermieden oder zumindest die Unfallfolgen gemildert werden. Weitere Chancen lägen in einer besseren Ladungssicherheit, einem optimierten Unterfahrschutz, in der Aus- und Weiterbildung der Fahrer und in intelligenten Verkehrsleitsystemen auf Deutschlands Straßen. **ARCD**

## **ETSC fordert zentrale EU-Agentur für Verkehrssicherheit**

*Bad Windsheim (ARCD)* – Unter dem Motto „Verkehrssicherheit als Bürgerrecht und -pflicht für alle“ stellte der Europäische Verkehrssicherheitsrat ETSC jetzt seine Vorschläge für das nächste Verkehrssicherheitsprogramm der EU für den Zeitraum 2010 bis 2020 vor. Um die Einrichtung und tatsächliche Einhaltung nationaler Verkehrssicherheitspläne sicherzustellen, sei es jedoch notwendig, eine zentrale EU-Verkehrssicherheitsbehörde einzurichten, meint der ETSC. Seit dem Start des 3. Verkehrssicherheitsprogramms 2001-2010 wurden auf den Straßen Europas zwar bemerkenswerte Fortschritte zur Senkung der Zahl der Toten und Schwerverletzten bei Verkehrsunfällen erzielt; dennoch kann das von der EU-Kommission gesteckte Ziel einer Halbierung der Verkehrstoten im genannten Zeitraum aller Voraussicht nach nicht erreicht werden. Nach wie vor verlieren jährlich rund 40 000 Menschen ihr Leben im Straßenverkehr der

27 Mitgliedsländer. „Für 2020 müssen neue Ziele gesteckt werden, (...) um die inakzeptabel hohe Zahl an Verunglückten auf Europas Straßen weiter zu reduzieren“, fordert daher der ETSC und schlägt in dem Arbeitspapier vor, bis 2020 die Zahl der Getöteten insgesamt um 40 Prozent zu senken und die Anzahl der Schwerverletzten in jedem Mitgliedsstaat um 20 Prozent zu verringern. Das 4. EU-Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit solle sich vornehmlich auf Maßnahmen gegen die Hauptursachen schwerer Unfälle konzentrieren, fordert der ETSC: überhöhte Geschwindigkeit, Alkohol am Steuer, Missachtung der Gurtpflicht und mangelnde Sicherung von Kindern im Fahrzeug. Daneben solle dieses Programm neuen Trends, wie der steigenden Zahl der verunfallten Motorradfahrer, entgegenwirken, den demographischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft Rechnung tragen sowie die Anzahl der im Straßenverkehr getöteten Kinder um 60 Prozent zwischen 2010 und 2020 verringern. Dies könne aus Sicht des ETSC nur gelingen, wenn die EU einen Repräsentanten für Verkehrssicherheit nominiert, der mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet und von den Regierungen der Mitgliedsstaaten anerkannt werde. Daneben sei eine Verkehrssicherheitsbehörde aufzubauen, die aufschlussreiche Unfalldaten sammeln und auswerten und die Definition der Schwere von Unfallfolgen in allen Mitgliedstaaten harmonisieren soll. Zugleich müsse diese neue EU-Agentur auf die verbindliche Einführung von nationalen Zielen und Sicherheitsplänen achten. Nun ist EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani gefordert, die Leitlinien des Verkehrssicherheitsprogramms 2010 bis 2020 vorzulegen. **ARCD**

## **55 000 Lkw-Parkplätze fehlen in Europa**





# Presse-Information

*Bad Windsheim (ARCD)* – Sichere und vor allem ausreichend viele Einzel-Parkplätze für Lkw fordert die IRU (Internationale Straßentransportunion) für den Frachtverkehr. Die strenge EU-Regelung von Lenk- und Ruhezeiten für Fernfahrer innerhalb der EU könne nur dann zu mehr Verkehrssicherheit beitragen, wenn auch für ausreichenden Parkraum entlang der Hauptachsen gesorgt sei. Dies hob Michael Nielsen, Vertreter der IRU bei den EU-Institutionen, bei der „Truck Parking Conference“ in Brüssel Ende April hervor. Heute bliebe vielen Lkw-Fahrern keine andere Wahl, als nach Ablauf der gesetzlichen Lenkzeit auf der Auffahrt oder gar am Pannestreifen vor der nächstgelegenen Raststation zu parken, wenn der Parkplatz bereits überfüllt ist. Vor allem nachts stellen derart parkende Lkw eine große Gefahr für alle Autobahn-Benutzer dar. Laut Berechnungen der IRU fehlen derzeit 55 000 Parkplätze entlang Europas Hauptachsen. Auch wenn der aktuelle Konjunkturerinbruch für eine rund 20prozentige Abnahme der Frachtvolumina Sorge, müsse man langfristig planen, um für die Zeit danach gerüstet zu sein, so Nielsen. Für den IRU-Sprecher kann das Problem nur durch eine partielle Parkplatz-Finanzierung im Rahmen des EU-Budgets der TEN-V (transeuropäische Verkehrsachsen) gelöst werden. **ARCD**

## Lkw-Parkplätze per Handy reservieren

*Bad Windsheim (ARCD)* - Zur Reduzierung der Lkw-Schlangen auf Pannestreifen will in naher Zukunft auch die Internet-Plattform [www.truckinform.eu](http://www.truckinform.eu) beitragen. Sie weist derzeit statische Informationen zu 2 500 Lkw-Raststationen in 40 Ländern aus und wird laut Angaben der Betreiberfirma „Move and Park“ bald interaktiv zu nutzen sein. Lkw-Fahrer können sich dann via Handy oder Internet über freie Stellplätze auf gesicherten Parkplätzen informieren und ihren Parkplatz vorab reservieren. Allerdings kostet dies zusätzlich zur Parkgebühr 3 Euro. Die IRU (Internationale Straßentransportunion) fordert von der EU-Kommission auch eine Auswertung der Transportkriminalität in bestimmten Grenzregionen, in denen Parkplätze durch Umzäunung und Kameraüberwachung vorrangig gesichert werden müssten. Im Rahmen des mit EU-Mitteln finanzierten LABEL-Projekts werden derzeit Kriterien für Sicherheitsstandards und die Zertifizierung von Parkplätzen festgelegt, um bis 2010 rund 75 sichere, mit einer blauen Flagge gekennzeichnete Parkplätze entlang der Autobahnen ausweisen zu können. **ARCD**

